

PROFIL: GRÜN 2011

September
Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

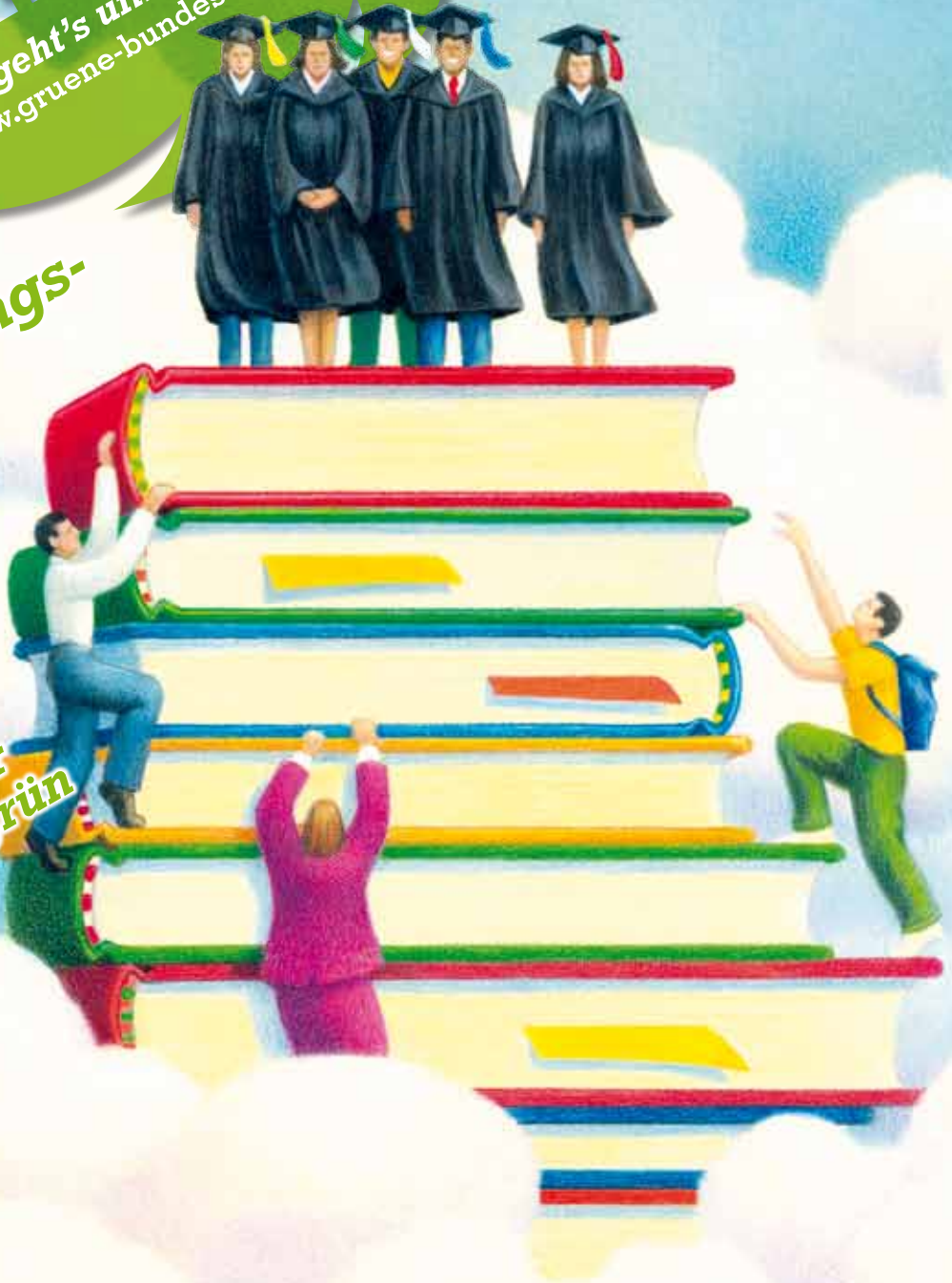
**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDETAGSFRAKTION



**Die Bildungs-
hürde**
Ab Seite 4

**Rechtsstaat
in Gefahr**
Ab Seite 10

**Die Stadt der
Zukunft ist grün**
Ab Seite 16



profil:GRÜN September 2011

Mit grüner Energie
geht's in den Herbst!



Editorial S.3

Renate Künast

Die Bildungshürde S.4

Hochschulen zwischen Chaos
und Kollaps
Kai Gebring

Rechtsstaat in Gefahr S.10

Dr. Konstantin von Notz
und Wolfgang Wieland

Grün & bunt S.14

Neue Positionen

Die Stadt der Zukunft ist grün S.16

Bettina Herlitzius und
Daniela Wagner

Im Profil S.18

Auf Achse für die „grüne Kontur“
Markus Tressel

Grün bewegt S.20

Aus den Arbeitskreisen

Termine und Publikationen S.24

Der Überblick

IMPRESSUM

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de
Vi.S.d.P.: Nina Lösche **Redaktion:** Gisela Hüber, Ute Köhler, Sibylle Kraut-Eppich, Herta Parchent **Gestaltung:** Stefan Kaminski, Juliana von Kiedrowski, Jakina Wesselmann
Titelbild: Getty Images **Druck:** Möller Druck
Auflage: 82.000, erscheint auch als Anzeige im „schrägstrich“ **Redaktionsschluss:** 12.08.2011
Papier: 90 g Recymago **profil:GRÜN** erscheint viermal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro.

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,



*Der Atomausstieg ist das
Werk von vielen.*

2011 haben wir Historisches vollbracht: Deutschland steigt als erstes Industrieland endgültig aus der Atomkraft aus. Merkels atomarer Wiederbelebungsversuch ist endgültig gescheitert. Wir, das sind sehr viele, die im jahrelangen Einsatz den Glauben an das Mögliche nicht verloren haben. Einige Namen möchte ich an dieser Stelle nennen, diesen Menschen gilt mein besonderer Dank: Klaus Traube, Marianne Fritzen, den Winzerinnen und Winzern wie den Bäuerinnen und Bauern in Wyhl, Bauer Maas aus Kalkar, Walter Mossmann, Holger Strohm, den Mütterinitiativen, den „Ärzten gegen den Atomkrieg“, Andreas Graf von Bernstorff – sie haben dem Kampf gegen die Atomkraft an vielen Orten unseres Landes ein Gesicht gegeben. Und sie haben viele weitere überzeugt, sich der friedlichen Verweigerung einer unbeherrschbaren Technologie anzuschließen.

Jetzt liegt mit dem Umstieg auf die Erneuerbaren eine weitere riesige Aufgabe vor uns. Auf die schwankende schwarz-gelbe Bundesregierung ist kein Verlass. Statt Solar- und Windenergie verstärkt auszubauen, setzt sie auf das Revival von Kohlekraftwerken. Wir haben im Bundestag gezeigt: Ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energien ist möglich und bezahlbar – wenn man ihn will.

Zwei Jahre ist die konservativ-liberale Koalition jetzt im Amt. Beim Atomausstieg sah sie sich durch äußere Umstände und inneren Druck gezwungen, das Richtige zu tun. Bei allen anderen Zukunftsfragen dagegen ist Deutschland unter Angela Merkel keinen Zentimeter vorangekommen.

Nun kommt wieder die alte Leier: Kaum steigen die Steuereinnahmen, reden sie krampfhaft von Steuersenkungen. Obwohl alle wissen, dass es dafür keinen Spielraum gibt. Unsere Prioritäten sind klar: zunächst den Haushalt in Ordnung bringen und dann investieren. In mehr soziale Gerechtigkeit, Bildung und den ökologischen Umbau unseres Landes – alles andere ist keine Lösung.

Herzlich



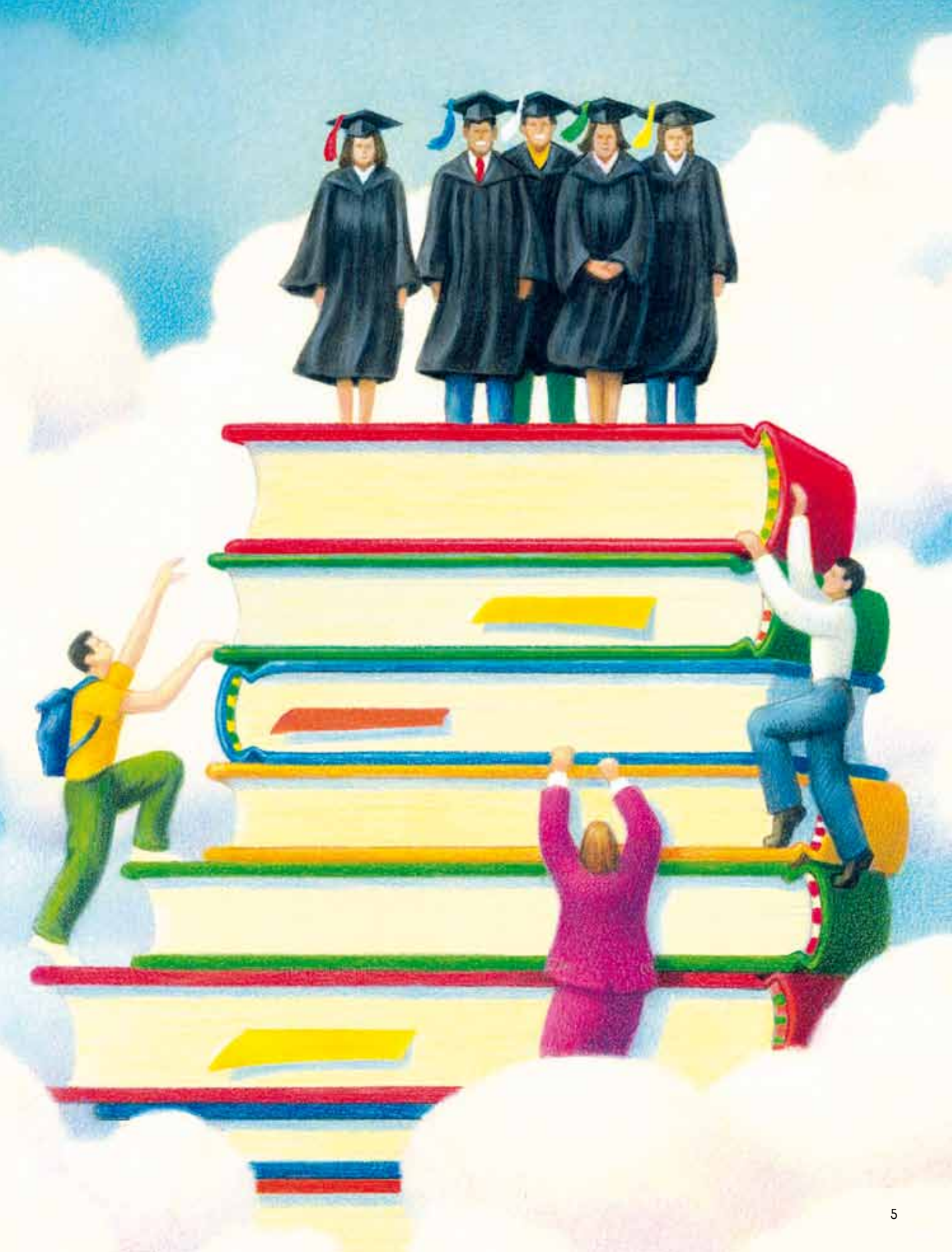
Renate Künast MdB, Fraktionsvorsitzende

Die Bildungshürde

von Kai Gehring

Hochschulen zwischen Chaos und Kollaps

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft braucht unser Land eine strategische Neuausrichtung, höhere Investitionen und eine soziale Öffnung der Hochschulen. Aber der Hochschulpakt 2020 wird nicht einmal dem aktuellen Ansturm der Studierwilligen gerecht. Wenn die Bundesregierung bei ihrer Politik der viel zu kleinen Schritte bleibt, verschleudert sie Zukunftschancen und Fachkräftepotenzial.



Gute Bildung entscheidet über Teilhabe und sozialen Aufstieg. An unseren Hochschulen studieren derzeit 2,2 Millionen junge Menschen – Tendenz steigend. Nach wie vor ist ein Hochschulabschluss die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und das Startkapital für einen gut bezahlten Job. Trotzdem hat Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig Uni-Absolventen. Auch der hohe Qualitätsstandard der dualen Berufsausbildung kann diesen Akademikermangel nicht wettmachen.

Von der Qualität unserer Hochschulen hängt die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft ab. Die Lösung globaler Menschheitsfragen und der ökologischen Transformation braucht kluge Antworten aus Wissenschaft und Forschung. Ohne kreative Hochschulen ist ein Green New Deal undenkbar. Wer unser Hochschulsystem vernachlässigt oder es unterfinanziert, versündigt sich nicht nur an der jungen Generation, sondern wird steigenden Fachkräftemangel ernten. Schon heute fehlen in vielen Branchen und Regionen Akademiker – eine Lücke, die sich im Zuge des demografischen Wandels weiter vergrößern wird. Bildungsverlierer kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten. Junge Menschen zurückzulassen verbietet sich aus sozialen wie aus ökonomischen Gründen.

Studierenden-Boom: Hochschulen zwischen Chaos & Kollaps

In jüngster Zeit steigt die Zahl der Studienberechtigten erfreulich an.

Geburtenstarke Jahrgänge, doppelte Abiturjahrgänge und die überstürzte Aussetzung der Wehrpflicht führen zu einem anhaltenden Ansturm an Studienbewerbern. Bund und Länder versuchen darauf mit dem „Hochschulpakt 2020“ zu reagieren. Der Pakt von Bundesbildungsministerin Schavan ist aber unterdimensioniert, das Geld reicht nicht aus, um genug Studienplätze zu schaffen. Vielerorts sind die Hochschulen dem Studierenden-Boom daher nicht gewachsen. Mehr als die Hälfte der Bachelorstudiengänge unterliegt mittlerweile einer Zulassungsbeschränkung durch einen lokalen Numerus Clausus. Das Abitur berechtigt längst nicht mehr zum Hochschulzugang, sondern eher nur zur Hochschulbewerbung. Die Pforte zum Uni-Campus wird für viele zum Nadelöhr.

Dieser Zustand wird durch ein bundesweites Zulassungschaos noch weiter verschärft. Denn die bessere Koordination der Hochschulangebote durch das „dialogorientierte Serviceverfahren“ wurde aufgrund technischer Probleme um ein Jahr verschoben. Zwei weitere Semester werden also ins Land gehen ohne ein funktionierendes Hochschulzulassungssystem. So bewirbt man sich notgedrungen gleich an mehreren Universitäten, komplizierte Auswahlverfahren folgen. Studieninteressierte wie Hochschulen sind gleichsam Teilnehmer einer Studienplatz-Tombola, für beide ärgerlich und ineffizient. Alle Studienbewerber belastet dieser Zustand – manche schreckt der immense Aufwand ganz ab. Viele Bewerber können erst nachrücken, wenn das Semester schon begonnen hat. Zugleich bleiben Studienplätze

unbesetzt – im letzten Jahr waren es 18.000.

Im Herbst werden erstmals rund 500.000 junge Studienberechtigte an die Hochschulen drängen. Aber mindestens 50.000 davon werden keinen Start ins Studium erleben, sondern in einer Warteschleife landen. Schuld daran ist eine Bundesregierung, die den eklatanten Studienplatzmangel verwaltet und das unzumutbare Zulassungschaos nicht löst. Anstatt beherzt zu reformieren und zu investieren, bleibt Bildungsministerin Schavan auf der Zuschauertribüne. Wenn der Wirtschaft weiterhin an allen Ecken und Enden die Fachkräfte fehlen, liegt das also auch am zögerlichen und schlechten Regierungshandeln.

Studienwahl im hochschulpolitischen Dschungel

Der Übergang von der Schule zur Hochschule ist eine zentrale Schnittstelle unseres Bildungssystems. Für Jugendliche ist kaum eine Entscheidung schwieriger als die Studienwahl. Wie soll meine Zukunft aussehen? Welcher Studiengang ist der richtige für mich? An welchem Studienort bewerbe ich mich – und wie überhaupt? Reicht mein Notendurchschnitt? Sich auf ein Studium festzulegen ist eine der folgenreichsten Entscheidungen für die individuelle Lebensplanung und Bildungsbiografie.

Die neue Bachelor-Master-Struktur hat das Studienangebot zwar vielfältiger gemacht. Über 9.000 Erststudiengänge an derzeit 355 Hochschulen stehen jungen Studienbewer-



bern hierzulande zur Auswahl. Doch ein wirklich mobilitätsfreundlicher, europäischer Hochschulraum wurde damit nicht geschaffen. Ohne Orientierung und Beratung sind die meisten Studieninteressierten und Studierenden verloren. Während früher das erste Semester noch der Orientierung diene, geht es heute direkt los. Mit der Bologna-Reform sind Arbeitsbelastung und Prüfungsstress für Studierende klar gestiegen.

Darüber hinaus ist ein Studium nicht gratis zu haben: Inklusive aller Kosten kommen leicht 50.000 Euro und mehr zusammen. Ein Problem für alle, deren Eltern keinen dicken Geldbeutel haben. Und eine Aufgabe für die Politik: Die Studien-

finanzierung muss besser und gerechter werden.

Für viele Abiturienten wird sich in den kommenden Monaten die existenzielle Frage stellen: Bekomme ich überhaupt irgendeinen Studienplatz? Denn die überstürzte Aussetzung der Wehrpflicht stellt 150.000 junge Männer frei, die ebenfalls eine Ausbildung beginnen wollen. Ein Studium aufzunehmen ist für die meisten von ihnen erste Wahl. Was der schwarz-gelben Bundesregierung seit rund einem Jahr bekannt ist, gibt Frau Schavan keinen Anlass zum Handeln. Ein Notfallplan zum beschleunigten Uni-Ausbau existiert jedenfalls nicht.

Grüner Hochschulpakt – für Qualität in Lehre & Studium

Der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern sollte die steigende Nachfrage nach Studienplätzen befriedigen. In seiner jetzigen Form ist er jedoch allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein, das zeichnete sich schon in der ersten Phase von 2005 bis 2010 ab. Und Pakt I war mehr als schlampig geplant, da die Hochschulen bundesweit fast doppelt so viele Studienanfänger aufgenommen haben als vorgesehen. Daher müssen jetzt unverzüglich realistische Prognosen der Studienbewerberzahlen auf den Tisch, um den Uni-Kollaps und die zigfache Vergeudung von Bildungschan-



cen zu verhindern. Wir gehen von mindestens 400.000 zusätzlich benötigten Plätzen für Studienanfänger bis 2015 aus. Es wäre fatal und aberwitzig, Zehntausende Studierwillige vor verschlossenen Hörsaal Türen stehenzulassen, während die Wirtschaft händeringend nach Fachkräften sucht. Die junge Generation braucht jetzt das klare Signal, ihre Studienberechtigung tatsächlich einlösen zu können. Bund und Länder müssen den Hochschulpakt daher nachverhandeln, um ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für mehr Studienplätze und ein effizientes Vergabesystem gerecht zu werden. Vor allem die Flächenländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran.

Unser Vorschlag ist ein grüner „Pakt für Qualität in Lehre und Studium“. Er soll ausreichend Plätze aufbauen und die Qualität steigern. Ein erfolgreiches Studium braucht eine ausreichende Zahl von Professuren und Dozenten sowie bessere Betreuungsrelationen. Wir wollen weg von der Mängelwirtschaft. Das Ziel sind bessere Studienbedingungen für alle und die systematische Förderung herausragender Lehrangebote. Dazu gehören innovative Lehrkonzepte, eine bessere Studieneingangsphase und soziale Infrastruktur – vom studentischen Wohnen bis zur Studienberatung. So ein umfassender Ansatz wird auch der Tendenz entgegenwirken, ein begonnenes Studium vorzeitig abzubrechen.

Master-Desaster vor der Tür

Daneben braucht es als Sofortmaßnahme eine „Masterplatz-Ausbauoffensive“. Andernfalls schlittern wir in ein bis zwei Semestern in ein Master-Desaster hinein. Nach unserer Vorstellung sollen Bachelor-Absolventen grundsätzlich ein Masterstudium anschließen können. Wir rechnen damit, dass zwei Drittel bis drei Viertel diese Möglichkeit nutzen möchten. Dagegen ist die Übergangsquote der Kultusministerkonferenz mit 50 Prozent viel zu niedrig angesetzt.

Auf die Studienberechtigten könnten schwere Zeiten zukommen: mit flächendeckenden Einser-NCs, Warteschleifen und noch schlechteren Studienbedingungen – wenn der Hochschulpakt nicht bald im grünen Sinne aufgestockt und verbessert wird.

Zulassungen: bundeseinheitlich statt chaotisch

Die Lösung des Zulassungschaos ist für Studienbewerber und Hochschulen überfällig. Studienberechtigte sind keine Versuchskaninchen, sie haben ein Recht auf ein funktionierendes Einschreibe- und Zulassungsverfahren. Solange das neue Zulassungsverfahren in Testläufen nicht funktioniert, wäre sein Start unverantwortlich. Wir wollen schnellstmöglich ein bundesweites dialogorientiertes Serviceverfahren, das technisch funktioniert und unbürokratisch hilft. Sollten sich die bestehenden Software-Probleme nicht in Kürze überwinden lassen, muss ein wirksamer Plan B her. Bewerber und Hochschulen brauchen jetzt Verfahrenssicherheit. Das bedeutet bundeseinheitliche Zulassungsregeln durch einen Bund-Länder-Staatsvertrag, ein funktionstüchtiges und leistungsstarkes System mit transparenter Studienplatzvergabe sowie eine verbindliche und ausfinanzierte Teilnahme aller Hochschulen. Insellösungen, an denen sich nur einige Hochschulstandorte beteiligen, brächten der jungen Bildungsgeneration keine nennenswerte Verbesserung.

Koalition Chancentod

Statt planvoll und beherzt zu handeln, redet sich die Bundesregierung die Lage an den Hochschulen schön. Das gilt auch für die Bologna-Reform: Die dringend notwendigen Korrekturen bleiben ebenso aus wie Verbesserungen bei der Umsetzung. Schwarz-Gelb kommt mit der schwierigen Situation nicht zurecht und schiebt die Verantwortung den Ländern zu. Das ist doppelt perfide: Denn die Länder und Hochschulen müssen bereits Geld für neue Studienplätze vorstrecken und auf eigene Rechnung in Vorleistung gehen. Damit nicht genug, droht die Koalition mit geplanten Steuersenkungen die Unterfinanzierung des Bildungs- und Hochschulsystems weiter zu verschärfen. Es ist pure Heuchelei, Länder und Kommunen zu höheren Bildungsinvestitionen aufzufordern, wenn man ihnen gleichzeitig Steuereinnahmen in Milliardenhöhe entzieht und sie damit finanziell handlungsunfähig macht.

Uni öffne dich – grüner Ausbau für sozialen Aufstieg

Ein entschiedener Aufbruch in die Wissensgesellschaft, der mehr jungen Menschen ein Studium ermöglicht, verlangt mehr. Die Politik muss sich zu einem strategischen Ausbau unseres Hochschulsystems und zu mehr Investitionen bekennen. Wir Grüne im Bundestag wollen aber auch eine soziale Öffnung der Hochschulen. Es muss gelingen, mehr junge Menschen aus Nicht-Akademiker-Elternhäusern für ein Studium zu gewinnen. Wir wollen Zugangshürden abbauen, damit der Aufstieg durch Bildung nicht blockiert bleibt. Ein Studium darf kein Privileg für Begüterte sein. Studiengebühren sind eine ungerechte Campus-Maut und gehören abgeschafft – das Saarland, NRW und bald auch Baden-Württemberg machen es vor. Um bislang unterrepräsentierte Gruppen stärker zu fördern, wollen wir das BAföG weiterentwickeln: In einem Zwei-Säulen-Modell kombinieren wir elternunabhängige und bedarfsabhängige Elemente – mit einem Sockel für alle und einer starken sozialen Komponente.

Gesellschaftliche Vielfalt muss endlich auch auf dem Campus ankommen. Sie ist nicht nur ein zentrales Gerechtigkeitsleitbild, sondern trägt auch zu mehr Exzellenz und Qualität an den Unis und Fachhochschulen bei. Wir wollen sozial geöffnete Hochschulen, die kulturelle Vielfalt wertschätzen und allen gesellschaftlichen Gruppen offenstehen, die Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit ernst nehmen. Das macht sie letztlich auch demokratischer und internationaler. Unser Bildungs- und Hochschulsystem muss durchlässiger und leistungsfähiger werden – erst dann kann von einer „Bildungsrepublik Deutschland“ die Rede sein. Noch sind wir davon meilenweit entfernt.

Weitere Informationen zum Thema:

www.gruene-bundestag.de

» Themen A-Z » Hochschule

Kai Gehring MdB
ist Sprecher für Bildungs- und Hochschulpolitik



Dr. Konstantin von Notz und Wolfgang Wieland

Rechtsstaat in Gefahr

Ohne sie ernsthaft überprüft zu haben, will die Bundesregierung die Anti-Terrorgesetze verlängern und noch verschärfen. Datenschutz und individuelle Bürgerrechte kommen dabei unter die Räder. Da machen wir Grüne im Bundestag nicht mit.





3

POLIZEIABSPERRUNG POLIZEI

1

Die Attentate des 11. September jähren sich zum zehnten Mal. Wir werden der Opfer gedenken, die die Anschläge auf das World Trade Center, das Pentagon und eine Passagiermaschine forderten: fast 3.000 Männer, Frauen und Kinder, unzählige Verletzte. Über 3.000 Kinder haben ihre Eltern verloren. Unser Mitgefühl ist bei den Hinterbliebenen, die noch heute unter den Folgen leiden.

Diese Anschläge von einem zuvor unvorstellbaren Ausmaß lösten weltweit Trauer und Entsetzen aus. Was folgte, war eine tiefgreifende Verunsicherung der gesamten westlichen Welt. Es war das Ziel der islamistischen Fanatiker, eben diese Verunsicherung und Ohnmacht zu erzeugen, die sich mit „Nine Eleven“ in unser kollektives Gedächtnis eingegraben hat.

Die Verunsicherung der westlichen Welt zeitigte unmittelbare Folgen in der internationalen Politik.

Bereits am 12. September verabschiedeten die Vereinten Nationen (UN) die Resolution 1368, die das Selbstverteidigungsrecht der UN-Charta auf Terrorangriffe ausdehnte. Am selben Tag verkündete die NATO den Bündnisfall. Damit wurde praktisch über Nacht ein Paradigmenwechsel im Völkerrecht eingeläutet: Die Mittel und die Sprache des Krieges als Antwort auf die maßlose Dimension dieser Anschläge und auf eine Bedrohung, von der zu dem Zeitpunkt nur eine vage Vorstellung bestand.

Dass der Zweck die Mittel heilige, ist seither oft die Devise. So wurde es möglich, den auf Terrorlisten von UN und EU geführten Personen oder Organisationen auf Verdacht und ohne Rechtsschutz jegliche finanziellen Mittel zu sperren – bis der Europäische Gerichtshof eingriff. In den USA wurde ein Sonderstrafrecht für „Feinde“ erwogen, die Diskussion schwappte bis nach Europa. Und in Guantanamo nahmen die USA die Missachtung der Menschenrechte und des humanitären Kriegsrechts als legitimes Mittel im Kampf gegen den Terror für sich in Anspruch.

Rechtlosigkeit hatte Rechtsstaatlichkeit ersetzt.

Auch die deutsche Innenpolitik ist seither von der Unsicherheit über Art und Ausmaß der terroristischen Bedrohung und die richtige Sicherheitspolitik geprägt. Wir Grüne haben uns 2001, zu Zeiten der rot-grünen Regierungskoalition, unserer Verantwortung gestellt. Um der Bedrohung zu begegnen, haben wir trotz großer Bedenken das erste Anti-Terrorpaket mit beschlossen. Bereits damals haben wir aber auch auf die damit verbundene Gefahr für unseren Rechtsstaat hingewiesen. Die Gefahr, dass seine Prinzipien und Grundrechte Schritt für Schritt aufgeweicht und verwässert werden. Mit der Begründung, dass eine Bedrohung ja nie gänzlich auszuschließen ist. So real wie die Anschlagsgefahr ist auch die Gefahr, dass die Grundrechte massiv Schaden nehmen. Das Gefühl absoluter Sicherheit kann dagegen nur eine Illusion bleiben.

Aus diesem Grund haben wir uns im Bundestag immer dafür eingesetzt, neue Befugnisse der Sicherheitsbehörden rechtsstaatlich einzugrenzen. Es war 2001 ein grüner Verhandlungserfolg, dass Befristungs- und Evaluierungsklauseln in die Anti-Terrorgesetze eingefügt wurden. Wir betrachten solche Überprüfungen von Sicherheitsgesetzen als ein rechtsstaatlich notwendiges Instrument zur Selbstkontrolle des Gesetzgebers. Auf einer soliden Wissensgrundlage kann man dann weitere politische Entscheidungen treffen oder falsche auch wieder revidieren. Dass der Gesetzgeber dazu aus dem Grundgesetz heraus verpflichtet ist, bestätigt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der letzten Jahre. Das Instrument einer unabhängigen, grundrechts- und rechtsstaatsorientierten Experten-evaluierung wollen wir nach den Vorgaben und unter der Kontrolle des Parlaments fortentwickeln. Einen entsprechenden Antrag (BT-Drs. 17/3687) haben wir im Bundestag eingebracht.

Die Koalition agiert anders.

Ihr fehlt ganz offensichtlich der Kompass der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit, den wir an moderne Sicherheitspolitik anlegen. Die Debatten rund um den zehnten Jahrestag des 11. September und nach dem Terrorakt von Oslo zeigen das deutlich. So sollen Befugnisse der Nachrichtendienste, die die große Koalition 2007 erweitert hatte, verlängert werden. Die Grundlage dafür bildet eine methodisch völlig indiskutable Evaluierung. Während die Bundesjustizministerin die

Chuzpe hat, von einer Trendumkehr zu sprechen, wird sogar noch draufgesetzt: Einen Zugriff auf zentrale Flugbuchungssysteme und auf den staatlichen Pool der Kontostammdaten sollen die Nachrichtendienste in Zukunft bekommen. Was als „Effizienzsteigerung“ verkauft wird, ist eine verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Verschärfung der Sicherheitsgesetze. Eine dicke Kröte, die die FDP da schluckt, um sich die vage Zusage für ein wenig mehr Kontrolle und das Auslaufen einiger unbedeutender Eingriffsbefugnisse zu erkaufen. Noch dicker kommt es aber mit der stolz präsentierten „unabhängigen Regierungskommission“ – ein Widerspruch in sich. Sie soll alle laufenden und künftigen Evaluierungen ersetzen. Eine aktive Rolle des Parlaments, die demokratische Kontrolle, ist dabei wohl nicht mehr erwünscht.

So geht das nicht, nicht mit uns Grünen im Bundestag. Wir wollen eine solide Sicherheitspolitik. Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden müssen zielgenau auf die Bekämpfung von Terrorismus und andere Formen der Kriminalität zugeschnitten, verhältnismäßig und verfassungskonform sein.

Eine grüne Sicherheitspolitik sucht nach grundrechtsfreundlichen Wegen.

Denn nicht alles, was gerade eben noch vor dem kritischen Blick des Bundesverfassungsgerichtes besteht, ist rechts- und grundrechtspolitisch auch wünschenswert.

Im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung steht auch die anlasslose Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten (TK-Daten). Sie wurde vom Bundesverfassungsgericht im März 2010 gekippt. Es ist absurd, dass CDU/CSU und SPD nun auf die erneute Umsetzung dieser alten EU-Richtlinie zur Vorratsspeicherung drängen – wo doch die Europäische Kommission unter dem Eindruck von drei vernichtenden verfassungsgerichtlichen Urteilen in den EU-Mitgliedstaaten derzeit eine datenschutzfreundliche Neuregelung ausarbeitet und ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur alten Richtlinie bevorsteht.

Wir stehen für ein konsequentes Nein zur Vorratsspeicherung von TK-Daten.

Sie ist unverhältnismäßig und würde einen Paradigmenwechsel im Sicherheitsrecht zulasten der Bürgerrechte einläuten.

Auch die auf EU-Ebene geplante Vorratsspeicherung von Fluggastdaten lehnen wir strikt ab. Ihre Notwendigkeit konnte ebenso wenig nachgewiesen werden wie die von Telekommunikationsdaten. Die dazu geplante EU-Richtlinie verstößt – so sagt es sogar der juristische Dienst des Rates der EU – gegen das EU-Grundrecht auf Datenschutz aus der EU-Grundrechtecharta. Eine Umsetzung im Einklang mit dem Grundgesetz ist ebenfalls kaum vorstellbar. Rechtsstaatliche Prinzipien und die Grund- und Menschenrechte sind für uns als grüne Fraktion der Kompass unseres politischen Handelns. Das Bundesverfassungsgericht hat

uns aufgegeben, bei sämtlichen Überwachungsmaßnahmen das Gesamtbild der Grundrechtswirkungen im Blick zu behalten. Es hat uns auch aufgegeben, die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen und mit ihnen das Verbot der totalen Erfassung und Registrierung. Denn dieses ist ein Bestandteil der verfassungsrechtlichen Identität Deutschlands im europäischen Rahmen. Absolute Sicherheit können wir nicht gewinnen. Aber den Rechtsstaat des Grundgesetzes können wir verlieren. Dann hätten die Attentäter vom 11. September doch noch ihr Ziel erreicht.

Weitere Informationen zum Thema:

www.gruene-bundestag.de

» Themen A-Z » Innenpolitik

Dr. Konstantin von Notz MdB

ist Sprecher für Innenpolitik und für Netzpolitik



Wolfgang Wieland MdB
ist Sprecher für Innere Sicherheit



Der Wechsel von Ulrike Höfken, Alexander Bonde und Winfried Hermann in die Landespolitik hat eine Reihe von Umbesetzungen bei den SprecherInnen und in den Ausschüssen nach sich gezogen. Hier sind die wichtigsten Änderungen:

Neue

.....



Viola von Cramon folgt Winfried Hermann als Sprecherin für Sportpolitik.



Harald Ebner ist nach dem Weggang von Ulrike Höfken neuer Sprecher für Agro-Gentechnik und ordentliches Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss.



Priska Hinz übernimmt die Sprecherposition für Haushaltspolitik von Alexander Bonde, außerdem ist sie neue grüne Obfrau im Haushaltsausschuss. Sie legt ihr Amt als Sprecherin für Bildungspolitik nieder und verzichtet auf ihren Sitz im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.



Ekin Deligöz ist als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung benannt worden.



Kai Gehring ist der neue Sprecher für Bildungs- und Hochschulpolitik und verzichtet auf sein Amt als Sprecher für Jugendpolitik. Er verzichtet zudem auf seinen Sitz im Ausschuss für Kultur und Medien und wird stellv. Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Dr. Anton Hofreiter legt sein Amt als Sprecher für Verkehrspolitik nieder und ist nach Winfried Hermann der neue Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Bundestag.



Katja Dörner ist als ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss benannt worden. Sie verzichtet auf ihren Sitz in der Kinderkommission.



Die Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages **Katrin Göring-Eckardt** ist jetzt stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien.



Thilo Hoppe ist als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz benannt worden.

Alle weiteren SprecherInnenfunktionen, Obleuten und Ausschüssen:
www.gruene-bundestag.de » Fraktion

Positionen



Stephan Kühn ist der neue Sprecher für Verkehrspolitik und legt dafür sein Amt als Sprecher für Baupolitik nieder. Er ist außerdem ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Auf seinen Sitz im Haushaltsausschuss verzichtet er.



Friedrich Ostendorff ist stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geworden.



Dr. Gerhard Schick ist jetzt stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. Er verzichtet auf seinen stellvertretenden Sitz im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.



Tobias Lindner ist neues Mitglied im Haushaltsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.



Lisa Paus ist jetzt ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Sie verzichtet auf ihren stellvertretenden Sitz im Haushaltsausschuss.



Till Seiler ist neuer Sprecher für Jugendpolitik und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Außerdem ist er ordentliches Mitglied der Kinderkommission.



Beate Müller-Gemmeke ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union geworden. Sie verzichtet auf ihren stellvertretenden Sitz im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Krista Sager ist als Obfrau des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung benannt worden.



Daniela Wagner hat den Posten der Sprecherin für Baupolitik übernommen und ist neues ordentliches Mitglied im Sportausschuss.



Dr. Valerie Wilms ist die neue Sprecherin für Bahnpolitik und legt ihr Amt als Sprecherin für maritime Politik nieder.



Foto: A. Mühs / OSTKREUZ

Von Bettina Herlitzius und Daniela Wagner

Die Stadt der Zukunft ist grün

Städte sind die Hauptverursacher des Klimawandels, ihr Anteil an den CO₂-Emissionen beträgt 80 Prozent. Zahlreiche Kommunen – auch in Deutschland – haben sich aktiven Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben. Programme der Städtebauförderung, die nach Rot-Grün aufgelegt hatte, müssten dazu dringend ökologisch weiterentwickelt werden. Doch die Unterstützung der Bundesregierung bleibt aus.

Zur Lösung des Klimawandels beitragen und gewinnen: Freiburg im Breisgau ist bereits auf dem besten Wege dazu. Hier ist der Umweltschutz zur Triebfeder der wirtschaftlichen, politischen und städtebaulichen Entwicklung geworden. 10.000 neue Arbeitsplätze hat er bisher eingebracht. Auch Münchens Stadtwerke investieren 500 Millionen Euro jährlich in die kommunale Energiewende. Als erste Millionenstadt weltweit will die Isarmetropole ihren Strom komplett aus erneuerbaren Energien gewinnen.

Gemeinsam geht's besser

Internationale Bündnisse verstärken den Trend zur grünen Stadt der Zukunft. Sie bilden einen Rahmen für Selbstverpflichtung, Austausch und Ansporn. Im „Kli-

ma-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V.“ haben sich bereits über 1.600 Kommunen verpflichtet, bis 2030 ihre CO₂-Emissionen zu halbieren. Als wichtiger Akteur verbreitet das Netzwerk ICLEI (ein Verband der Weltstädte) Strategien und Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene, über 550 Millionen Menschen sind darin vertreten. Auch der von der Europäischen Kommission gegründete „Konvent der Bürgermeister – der lokalen nachhaltigen Energie verpflichtet“ verzeichnet regen Zulauf.

Energie gut genutzt

Eine zukunftsfähige emissionsarme Energieversorgung muss mit einer erhöhten Energieeffizienz einhergehen. Noch verbraucht die Strom- und Wärmeversorgung unseres Gebäudebestands aber ganze 40 Prozent der Endenergie. Das überrascht nicht, denn drei Viertel der älteren Gebäude sind energetisch unsaniert oder genügen nicht dem heutigen Effizienzstandard. Doch statt in einen unkontrollierten Dämmwahn zu verfallen, geht es vielmehr darum, zielgenau die Energieeffizi-

enz zu steigern. So unumgänglich diese energetischen Maßnahmen sind, sie dürfen nicht zu einer Kostenexplosion zulasten einkommensschwächerer Mieter führen. In den Innenstädten muss erschwinglicher Wohnraum erhalten bleiben.

Um Mieter vor überhöhten Kosten zu schützen, muss sich unser Mietrecht der neuen Entwicklung anpassen. Ein Modell aus den Niederlanden, wo Staat, Immobilienunternehmen und Mietervertretung die energetische Modernisierung mit sinkenden Warmmieten realisieren, könnte auch bei uns Schule machen.

Niedrigenergiehäuser sind ein Teil der Lösung. Sie rechnen sich bei Sanierungen auch ohne staatliche Förderung. Beim Neubau von Gebäuden müssen allerdings Passivhäuser zum Standard werden. Dass sie auch wirtschaftlich sein können, macht die Stadt Frankfurt am Main vor. Dort sind Passivhäuser selbst bei Sanierungen im sozialen Wohnungsbau schon Standard.

Auf kurzem Wege

Kompakte Siedlungsformen beugen der Zersiedelung vor und vermeiden überflüssigen Verkehr. Bewohner, ob junge Leute, Familien oder Ältere, favorisieren heute Mischgebiete, in denen sie Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Versorgung zu Fuß erreichen können. Eine Stadt der kurzen Wege fördert Fuß- und Radverkehr. Ein attraktiver ÖPNV trägt dazu bei, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Doch vielerorts setzen Bauträger, Stadt- und Verkehrsplaner die neuen Anforderungen noch nicht um. Die Zersiedelung schreitet weiter voran. Täglich gehen in Deutschland über 100 Fußballfelder Wald und Landwirtschaftsfläche durch Neubesiedelung verloren – zum Schaden von Biodiversität und Lebensqualität. Gemeinden sollten daher über ihre Brachflächen Buch führen und nur ausnahmsweise neue Flächen als Baugrund ausweisen.

Bürger planen mit

Eine Stadt gewinnt an Lebensqualität, wenn sie ihre Bürger und Bürgerinnen an Planungen und Entscheidungen beteiligt, ihre Ideen und ihr Know-how nutzt: von urbanem Gärtnern über Mehrgenerationenprojekte bis zu Verkehrsplanung. Das ist für PolitikerInnen und Planer nicht immer bequem, aber eine wichtige Triebkraft der städtebaulichen Entwicklung. Die Stadt Bremen hat gemeinsam mit ihren Bürgern ein vorbildliches Leitbild entwickelt. Solche Planung orientiert sich am tatsächlichen Bedarf und hilft, Fehler wie die Kahlschlagsanierung der Sechzigerjahre zu vermeiden.

Unterstützung Fehlanzeige

Das Hü und Hott der schwarz-gelben Bundesregierung gibt den Städten und Gemeinden keinerlei Planungssicherheit. Die unausgereifte steuerliche Förderung der energetischen Sanierung wurde von den Ländern kassiert, der Energie- und Klimafonds von der Bundesregierung nach und nach ausgetrocknet.

Zur Energiewende von Rot-Grün gehört das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, das jährlich 340.000 Arbeitsplätze sichert oder neu schafft. Es muss auf zwei Milliarden Euro aufgestockt werden, damit es seiner Aufgabe weiterhin gerecht werden kann. Um auch einkommensschwachen Haushalten energiesparendes Wohnen und Haushalten zu ermöglichen, ist ein Energiesparfonds mit drei Milliarden Euro jährlich einzurichten. Er kann über den Abbau umweltschädlicher Subventionen finanziert werden.

Ein wichtiges neues Instrument der Städtebauförderung, mit dem Gemeinden ihre Stadtquartiere zukunftsfest machen können, wurde aus dem Energiewendepaket wieder gestrichen: die energetische Sanierung von ganzen Quartieren. Bewährte Programme der Städtebauförderung wie Stadtumbau, Denkmalschutz, städtebauliche Sanierung und Entwicklung und „Soziale Stadt“ müssen aber bestehen bleiben. Gerade das Programm „Soziale Stadt“ hat gezeigt, wie innovative Stadtentwicklung mit Bürgerbeteiligung und ressortübergreifender Zusammenarbeit funktioniert – vor der schwarz-gelben Kürzungssorgie. Wir fordern, die Kürzungen rückgängig zu machen. Städtebauförderung muss wieder Leitinstrument der städtebaulichen Entwicklung werden – für die grünen Städte der Zukunft.

Weitere Informationen zum Thema:

www.gruene-bundestag.de

» Themen A-Z » Wohnen

Bettina Herlitzius MdB
ist Sprecherin für
Stadtentwicklung



Daniela Wagner MdB
ist Sprecherin für Bau-
und Wohnungspolitik



Auf Achse für die „grüne Kontur“

Als tourismuspolitischer Sprecher kommt Markus Tressel viel herum. Noch lieber kommt er nach Hause.

von Nina Anika Klotz

Koffer packen gehört für Markus Tressel zum Alltag wie die „Tagesthemen“. Reisen ist Pflichtprogramm für den tourismuspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, aber bei Weitem noch nicht alles. Er will dem Tourismus „eine grüne Kontur“ geben. Im Fokus steht für ihn die Rolle der Verbraucher, das nachhaltige Reisen und die Stärkung ländlicher Regionen. Am Vorabend ist er erst aus den Bayerischen Alpen zurückgekommen und noch ganz begeistert. „Deutschland ist so vielfältig“, schwärmt Tressel, „ich kann nur jedem empfehlen, die ausgetretenen Pfade mal zu verlassen und dieses Land neu zu entdecken. Das Saarland zum Beispiel, eine tolle, aufstrebende Tourismusregion. Aber das ist natürlich die ganz persönliche Meinung eines Saarländers“, fügt er lachend hinzu.

Es muss also nicht unbedingt Koh Phi Phi oder Cancún sein – aber es kann. Tressel ist keiner, der den Verzicht auf Fernreisen predigt. „Es kommt aber darauf an, wie man sich vor Ort verhält. Tourismus sollte einen Beitrag für die regionale Wirtschaft leisten, aber nicht zulasten der ökologischen und sozialen Strukturen“, sagt er. Tut es nicht auch ein kleineres Auto statt eines dicken Geländewagens, um die Gegend zu erkunden? Kann man vielleicht in einer Öko-Lodge übernachten? „Wer nachhaltig reisen will, sollte sich möglichst über sein Gastland informieren“, meint Tressel, „auch über die politische Lage. Aber die wenigsten tun das. Kaum einem Tunesienurlauber war in den vergangenen Jahren bewusst, dass er Urlaub in einer Diktatur macht.“ Jetzt, nach dem arabischen Frühling, unterstützt Tressel die Bemühungen, wieder mehr Touristen in die nordafrikanischen Länder zu holen. „Es würde die Region nur weiter destabilisieren, wenn diese Einnahmequelle wegbräche, oftmals die einzige. Das gilt für den griechischen Tourismus genauso.“ Was die meisten Menschen so leichthin mit Sonne und

Segeln verbindet, ist ein gewichtiges Politikfeld, „das aber noch gerne unterschätzt wird“, bedauert Tressel. Dabei bündeln sich hier zentrale Fragen: von Wirtschafts- und Umweltpolitik bis zu demografischer Entwicklung und Verbraucherschutz. Auch sein heimatliches Saarland setzt auf den Tourismus. Wenn es nach Tressel geht, soll der grün sein.

Bereits mit 16 Jahren trat der damalige Schülersprecher den Grünen bei, Lafontaines Bildungspolitik passte ihm gar nicht. 1999 bewarb sich der Student „mehr oder weniger aus Spaß“ auf den Posten des Landesgeschäftsführers. Die Grünen waren nach internen Querelen aus dem saarländischen Landtag ausgeschieden – da musste also etwas passieren. Tressel bekam den Job, mit dem Vollzeitstudium war es erstmal vorbei. Die Aufbauarbeit zog den damals 22-Jährigen so in ihren Bann, dass es nebenbei gerade für ein Fernstudium Politik- und Verwaltungswissenschaft reichte. Den Wiedereinzug der Saar-Grünen in den Landtag 2004 verbucht Tressel als einen seiner bisher größten politischen Erfolge. Danach stieg der beharrliche Politmanager zum Fraktionsgeschäftsführer auf. „Der Wechsel nach Berlin war dann der nächste logische Schritt.“

Ein guter Teil seines Reisepensums geht heute für die Pendelei zwischen Berlin und Saarbrücken drauf, zwischen dem Bundestagsmandat und der Familie mit einem sieben Monate alten Baby. Wie lange will er das durchhalten? Die Antwort kommt prompt: „Ich kann mir nicht vorstellen, in 20 oder 25 Jahren noch im Bundestag zu sitzen.“ Eher sieht er sich als politischer Berater zu Hause im Saarland. Oder als Wirt einer kleinen Pension in Südfrankreich. Auch wer gerne reist, sehnt sich wohl danach, irgendwann einmal anzukommen.

Politische Biografie:

++ seit 1994 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen ++ 2000-2002 Landesgeschäftsführer der Saar-Grünen ++ 2002-2004 hauptamtlicher Politischer Geschäftsführer der Saar-Grünen und Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand ++ 2004-2009 Fraktionsgeschäftsführer im Landtag des Saarlandes ++ 2004-2009 ehrenamtlicher Politischer Geschäftsführer der Saar-Grünen und Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand ++ 2000-2009 Mitglied des Rates der Gemeinde Bous, stellvertretender Fraktionsvorsitzender ++ seit 2009 Mitglied des Bundestages, Obmann im Ausschuss für Tourismus





Der Papst kommt, liebe Leserinnen und Leser. Mit Benedikt XVI. wird erstmals ein Papst vor dem Deutschen Bundestag sprechen. Vor vier Jahren war es nicht zu einem Besuch im Bundestag gekommen. Damals hatten wir Grüne inhaltliche Bedingungen formuliert: Der Papst dürfe lediglich als Staatsoberhaupt sprechen und sich weder in die deutsche Innenpolitik einmischen, noch Themen wie Aids-Prävention, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und Abtreibungsregelungen kommentieren. Wie die Staatsoberhäupter, die vor ihm vor den Deutschen Bundestag traten, muss sich auch der Bischof von Rom als Staatsoberhaupt des Vatikanstaats der demokratischen Diskussion und Kritik stellen. So erwarten wir von ihm eine klare Positionierung, ob er die Menschenrechte für universell und unteilbar hält oder beispielsweise Homosexuelle davon ausschließt. Beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen leistete der Vatikan bis zuletzt in diesem Sommer Widerstand gegen eine Resolution, die Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen wegen der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verhindern soll. Denn aus Sicht des Vatikans müssen Staaten „sexuelle Verhaltensweisen“ regulieren dürfen. An seinen Taten und Worten werden wir den Papst messen.

So viel für heute, beste Grüße aus Berlin



Volker Beck MdB

1. Parl. Geschäftsführer

ERFOLG TROTZ NEIN

Noch Ende Juni lehnte die schwarz-gelbe Koalition den von unserer verbraucherpolitischen Sprecherin Nicole Maisch geforderten Bericht zum EHEC-Krisenmanagement (BT-Drs. 17/6107) ab. Nun sollen die Erfahrungen der Lebensmittelinfektion doch noch ausgewertet werden. Diesen zeitnahen Sinneswandel begrüßen wir. Nur eine Aufarbeitung von Informationswegen und ressortübergreifenden Krisenstrukturen bringt verlorenes Vertrauen der Bevölkerung zurück.

Seit Anfang Mai gab es außergewöhnlich viele Erkrankungen mit gefährlichen EHEC-Darmbakterien. In über 600 der mehr als 2.000 EHEC-Fälle wurde die Durchfallerkrankung durch Nierenkomplikationen erschwert, in 50 Fällen verlief sie tödlich. Mittlerweile wurde für ägyptische Bockshornkleesamen, die als Auslöser identifiziert wurden, ein europaweites Verzehrs- und Einfuhrverbot verhängt. Der vielstimmige Chor der Experten, aber auch die Kopflösigkeit der Bundesregierung wurde in der Öffentlichkeit stark kritisiert. Laut einer Umfrage ist mehr als die Hälfte der Deutschen unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung.

www.gruene-bundestag.de

» Themen A-Z » Verbraucherschutz

TAG DER GESUNDHEITSBERUFE

In Zeiten des demografischen und sozialen Wandels, der Zunahme chronischer und psychischer Erkrankungen, des Fachkräftemangels und des zunehmenden Drucks schmalere Finanzbudgets müssen neue Wege in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung gefunden werden. Den Gesundheitsberufen, und vor allem der engen Kooperation und Kommunikation zwischen ihnen, wird dabei künftig eine weitaus größere Bedeutung als heute zukommen (müssen).

GRÜN MACHT GESÜNDER

Wir wollen am 24. September in Berlin darüber diskutieren, welche Herausforderungen ein verändertes Versorgungssystem für die Gesundheitsberufe darstellt und wie unter diesen veränderten Bedingungen Berufszufriedenheit und Versorgungsqualität erhalten oder verbessert werden können. Dabei soll es unter anderem um Fragen der Bildung in den Gesundheitsberufen gehen, um Arbeitsbedingungen, um die Diskrepanz zwischen Jobwunder und Fachkräftemangel oder auch um die Notwendigkeit einer besseren Kooperation zwischen den Gesundheitsberufen.

www.gruene-bundestag.de

» Termine

NACHHALTIG FÜR EUROPA

Der Weg aus der europäischen Schuldenkrise kostet Geld und Mut. Aber die Kosten des Nichthandelns sind größer. Ein Ausscheren einzelner Staaten aus der Eurozone würde einen massiven Schaden für alle Beteiligten bedeuten. Trotz der bisherigen Rettungsmaßnahmen hat sich die Krise zuletzt erneut zugespitzt. Für eine dauerhafte Lösung der Verschuldungs-, Finanz- und Wirtschaftskrise muss sich die EU weiterentwickeln. Da hilft kein Merkelsches Zaudern, Zögern und Taktieren. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich für einen breiten Lösungsansatz ein, der alle wichtigen Stellschrauben in den Blick nimmt. Dazu gehören eine europäische Wirtschaftsregierung und die Koordination nationaler Finanzpolitiken, eine grüne Wachstumsstrategie, europäische Anleihen und ein europäischer Währungsfonds. Die Beschlüsse des letzten Gipfels der Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 21. Juli 2011 haben Verbesserungen gebracht. Diese müssen nun schnellstmöglich durch die nationalen Parlamente verabschiedet werden.

www.gruene-bundestag.de »

Themen A-Z » Finanzen



Foto: Domingo / Reuters

JETZT VOLL DIE EHE!

1. August 2001: Die ersten lesbischen und schwulen Paare werden auf deutschen Standesämtern als Lebenspartner eingetragen. Ein historischer Tag! Erstmals wurden gleichgeschlechtliche Paare gesetzlich anerkannt. Allen Widerständen zum Trotz hatte die grüne Bundestagsfraktion dies durchgekämpft. Es war ein großer Schritt zu mehr Gerechtigkeit und damit ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. Zehn Jahre nach diesem Meilenstein für die Bürgerrechte ist es Zeit, die Gleichstellung zu vollenden und den Zugang zur Ehe zu öffnen. Dazu haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt. 2001 war Deutschland noch Vorreiter: das erste große EU-Land mit einem Partnerschaftsgesetz. Nach sechs Jahren großer Koalition und Schwarz-Gelb haben uns viele Länder überholt. Spanien, Belgien, Schweden, Norwegen, Portugal, Island und die Niederlande haben gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe ermöglicht, ebenso Kanada, Südafrika und Argentinien. Das ist der Weg der Zukunft, den wir auch in Deutschland gehen wollen. Nur so wird rechtlich wie symbolisch klargestellt: Für lesbische Bürgerinnen und schwule Bürger darf kein minderes Recht gelten.

www.gruene-bundestag.de »

Themen A-Z » Lesben und Schwule



SCHWARZ-GELB BILLIGT CCS

Die Bundesregierung setzt weiterhin auf Strom aus Kohle. Trotz erheblicher Risiken und Widerstände der Betroffenen vor Ort, hat die Mehrheit von CDU/CSU und FDP in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ beschlossen. Damit soll in Deutschland erstmalig die dauerhafte unterirdische Einlagerung des klimaschädlichen Kohlendioxids aus der Kohleverstromung ermöglicht werden. Unser Entschließungsantrag 17/6513, in dem wir einen Ausschluss der CCS-Technologie (CCS = Carbon Dioxide Capture and Storage, CO₂-Abscheidung und -Speicherung) für die Kohleverstromung fordern, wurde dagegen von Schwarz-Gelb abgelehnt.

Dabei kann CO₂-Abscheidung und -Speicherung keine Option für die Stromerzeugung sein. Der Einsatz dieser CCS-Technologie kostet in erheblichem Umfang zusätzliche Energie und senkt den ohnehin schon geringen Wirkungsgrad eines Kohlekraftwerkes um ein Drittel weiter ab. CCS wirft Kohlekraftwerke in Sachen Effizienz damit auf den Stand der 1950er Jahre zurück. Außerdem würde so eine zentralistisch unflexible Energieerzeugungsstruktur zementiert und der Ausbau der erneuerbaren Energie massiv behindert.

www.gruene-bundestag.de
» Themen A-Z » Energie

FÜR BESSEREN FLÜCHTLINGS- SCHUTZ

Foto: Reuters



Gerade wurde die Genfer Flüchtlingskonvention 60 Jahre alt. Ihre Bedeutung für den Schutz politisch Verfolgter ist durch die jüngsten Ereignisse in der arabischen Welt eindrücklich bestätigt worden. Die Koalition will aber von einem verbesserten Flüchtlingsschutz nichts wissen. Dabei sind seit Mitte Februar über 1.800 Menschen im Mittelmeer auf der Flucht vor Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Armut ertrunken. Die Bundesregierung schwieg dazu im Bundestag. Abgeschmettert hat Schwarz-Gelb nicht nur grüne Vorstöße zu einem besseren Rechtsschutz für Flüchtlinge. Selbst Flüchtlinge aus Syrien will die Regierung weiter im Ungewissen halten. Der stellvertretende grüne Fraktionsvorsitzende Josef Winkler MdB betonte: „Niemand darf von deutschem Boden nach Syrien abgeschoben werden.“ Das unsägliche Rückübernahmeabkommen von 2009 zwischen Deutschland und dem Assad-Regime müsse sofort ausgesetzt werden. In namentlicher Abstimmung im Bundestag votierten die Abgeordneten der Koalition dennoch ungerührt dafür, das Abkommen mit Syrien beizubehalten.

www.gruene-bundestag.de
» Themen A-Z » Flüchtlingspolitik

ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER ABSCHLÜSSE

Wer Integration und Zuwanderer in qualifizierten Berufen will, muss die Weichen hierfür richtig stellen. Es war daher überfällig, dass die Bundesregierung endlich ihren lang angekündigten Gesetzentwurf zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse in den Bundestag einbrachte. Jetzt kommt es darauf an, den Entwurf nachzubessern. Sonst wird das Ziel, mehr Menschen mit ausländischen Qualifikationen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, verfehlt.

Zu den Mängeln gehört, dass bislang kein Anspruch auf begleitende Beratung der Betroffenen im Verfahren verankert ist. Unklar ist ferner, wer zukünftig für Qualitätssicherung, Einheitlichkeit und Fairness der Anerkennungsverfahren und Bewertungskriterien sorgt. Wenn es dabei bleibt, dass in den Fachgesetzen andere Spielregeln gelten als jene, die die allgemeinen Regelungen des Gesetzes vorsehen, wird das sicher zu Enttäuschungen führen. Außerdem müssen dringend die Angebote für Anpassungsqualifizierungen und berufsbezogenes Deutsch ausgebaut werden.

www.gruene-bundestag.de
» Themen A-Z » Bildung

JUGENDHILFE DARF NICHT ZUR DISPOSITION STEHEN



Foto: Pohl / imagetrust

Jugendliche brauchen Räume der Selbstorganisation, in denen sie erleben, dass Engagement sich lohnt, in denen sie sich erproben und selbst bestimmen können. So werden ihre Fähigkeiten zur Verantwortungsübernahme und zur demokratischen Partizipation gestärkt. Doch unter dem Vorwand, mehr finanzielle Handlungsspielräume eröffnen zu wollen, werden Forderungen lauter, Rechtsansprüche in der Jugendhilfe zur Disposition zu stellen. In Zeiten zunehmender sozialer Spaltung, unzureichender Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und wachsender Chancenungleichheit ist die Vielfalt der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe unverzichtbar. Till Seiler, neuer jugendpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, fordert daher eine Jugendhilfe, die die Interessen und die Belange der Kinder, Jugendlichen und Eltern wieder besser vertreten kann. Die Stärke der Jugendhilfe liege gerade in ihrer Vielfalt, darin gelte es zu investieren.

www.gruene-bundestag.de

» Themen A-Z » Jugend

KEINE KAMPF- PANZER NACH SAUDI-ARABIEN



Mitten im arabischen Frühling genehmigt die Bundesregierung die Lieferung von mehr als 200 Kampfpanzern Leopard 2 an Saudi-Arabien. Dabei hat das autoritäre Herrscherregime erst jüngst dazu beigetragen, die Demokratiebewegung in Bahrain blutig niederzuschlagen. Der geheim tagende Bundessicherheitsrat setzt damit ein deutliches Signal: Die Bundesregierung traut dem demokratischen Aufbruch in der arabischen Welt nicht. Stattdessen befördert sie die Aufrüstungsdynamik in der Region und stärkt ein repressives Regime. Dabei haben die Umbrüche in Ägypten und Tunesien gezeigt wie fatal diese Politik der vermeintlichen Stabilisierung von autoritären Herrschern war.

Was die Bundesregierung damit beabsichtigt, bleibt unklar. Denn sie ist nicht bereit, ihre Entscheidung zu begründen. Das haben die Debatten im Bundestag gezeigt. Die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linken, die Liefergenehmigung zu widerrufen, scheiterten. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Bundesregierung entgegen den Bestimmungen der Rüstungsexportrichtlinien Panzer in ein Spannungsgebiet liefert und die Achtung der Menschenrechte ignoriert. Um ein solches Vorgehen nicht länger hinnehmen zu müssen, sind dringend neue Verfahren und Mittel nötig, um zumindest das Parlament stärker in die Rüstungsexportkontrolle einzubeziehen. Derartige Geschäfte dürfen nicht länger im Dunkeln bleiben, wir brauchen mehr Transparenz.

www.gruene-bundestag.de

» Themen A-Z » Internationales

KOKA-BLÄTTER WIE WEIN – JEDEM SEINE TRADITION

Koka-Blätter haben in den Anden seit Jahrtausenden eine große traditionelle Bedeutung. Bei Festen, Geschäftsabschlüssen oder zur Begrüßung werden sie ausgetauscht, wie man bei uns ein Glas Wein trinkt. Sie enthalten Proteine, Calcium, Eisen und Vitamine, mehr als übliche Grundnahrungsmittel. Gekaut oder im Tee sind sie gut gegen Atembeschwerden und die Höhenkrankheit. Wissenschaftlich ist belegt: Die Blätter an sich sind nicht schädlich. Um daraus Kokain herzustellen, sind chemische Zusätze nötig, die aus Europa kommen. Dennoch sind Koka-Blätter nach Ablauf einer 25-jährigen Übergangsfrist seit 2009 auch im Anden-Raum als Betäubungsmittel verboten. Die ILO-Konvention 169 der UNO, die der Bundestag unterstützt, verpflichtet zur Wahrung von Rechten und Traditionen indigener Völker. Dazu gehört auch das Koka-Kauen. Das wollen wir mit einem Antrag für die Andenländer wieder zulassen (BT-Drs. 17/6120). Die SPD war lange dabei. Jetzt will sie nicht mehr, ihre Fraktionsspitze hat kalte Füße bekommen. Wir bleiben dran.

www.gruene-bundestag.de

» Themen A-Z » Internationales

Termine

Eine Auswahl. Mehr unter:
gruene-bundestag.de » Termine

Tag der Ein- und Ausblicke „Green New Deal“

am 4.9. im Deutschen Bundestag
Referat Öffentlichkeitsarbeit
T. 030/227 58916
oea@gruene-bundestag.de

Rüstungsgeschäfte

Fachgespräch am 6.9. in Berlin
AK 4 Koordination
T. 030 / 227 58944
ak4@gruene-bundestag.de

Netzpolitische Soirée

am 9.9. in Berlin
Büro Konstantin von Notz MdB
T. 030/227 72122
ak3@gruene-bundestag.de

Grüner Tag der Gesundheitsberufe

am 24.9. in Berlin
Referat Öffentlichkeitsarbeit
T. 030/227 51363
oea@gruene-bundestag.de

Informationsfreiheit

Fachgespräch am 26.9. in Berlin
AK 3, Sebastian Gießmann
T. 030/227 59398
ak3@gruene-bundestag.de

Schuldenkonferenz

am 30.9. in Berlin
Büro Lisa Paus MdB
T. 030/227 72052
lisa.paus.ma01@bundestag.de

Tierschutzkongress

am 1.10. in Berlin
AK 2 Koordination
T. 030/227 59406
ak2@gruene-bundestag.de

IT im Gesundheitswesen

Fachgespräch am 28.10. in Berlin
Büro Biggi Bender MdB
T. 030/227 71667
biggi.bender@bundestag.de

Afghanistankonferenz

am 4.11. in Berlin
AK 4 Koordination
T. 030/227 58945
ak4@gruene-bundestag.de

Straßenbaukonferenz

am 19.11. in Berlin
AK 2 Koordination, T. 030/227 59406
ak2@gruene-bundestag.de

Publikationen

Eine Auswahl. Mehr unter:
www.gruene-bundestag.de
» Publikationen

Broschüren

Grüne Behindertenpolitik 17/41

Flyer


Green New Deal
auf dem Lande 17/44
Rohstoffe 17/40
Das Ende der Atomkraft 17/11

Bestellungen an:
Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand
11011 Berlin oder per E-Mail:
versand@gruene-bundestag.de



Online

Tagesaktuelle Informationen sowie
politische Hintergründe auf
www.gruene-bundestag.de.
Neues und Wissenswertes liefern
unsere Newsletter.

 Folgen Sie uns auf Twitter:
twitter.com/GrueneBundestag

 Werden Sie Fan bei Facebook:
www.facebook.com » Bündnis 90/
Die Grünen Bundestagsfraktion

 Der grüne Kanal bei YouTube:
www.youtube.com/gruene

 Unsere Fotos bei flickr:
[www.flickr.com/photos/gruene-
bundestag](https://www.flickr.com/photos/gruene-bundestag)